

Manuskript**Beitrag: Russland gegen die NATO –
Bezahlte Revolte in Osteuropa****Sendung vom 23. Mai 2017**

Von Joachim Bartz und Arndt Ginzler

Anmoderation:

Übermorgen treffen sich die Nato-Staats- und Regierungschefs in Brüssel. Erstmals ist auch Trump dabei. Über russische Einflüsterungen und Einflussnahme wird er beim Gipfel wohl kaum sprechen wollen. Müsste er aber. Denn Montenegro tritt dem Bündnis bei. Und für Russland ist die Nato-Mitgliedschaft des kleinen Landes keine Kleinigkeit. Je näher der Beitrittstermin rückte, desto deutlicher wurden die russischen Bemühungen, die Regierung zu destabilisieren. Das belegen Recherchen von Frontal 21. Mehr noch: Ein Netzwerk russischer Geldgeber finanziert offenbar seit Jahren antiwestliche Proteste in Osteuropa. Joachim Bartz und Arndt Ginzler über bezahlte Stimmungsmache aus Moskau.

Text:

Das Hotel „Mala Venecija“ in Montenegro. Spuren einer Razzia: eingetretene Türen und zerstörte Betten: Der Wirt Vesko Ulicevic war dabei, als Polizisten sein Haus stürmten.

O-Ton Vesko Ulicevic, Wirt:

**Steht eine junger Mann in deiner Größe so, in Zivil, macht
Türe auf und macht mir die Pistole so: ‚Runter, runter, leg
dich hin, Polizei!‘**

Hier hatten acht serbische Nationalisten übernachtet. Landesweit ließ die Staatsanwaltschaft Montenegros 24 Tatverdächtige verhaften. Sie sollen bei der Parlamentswahl am 16. Oktober 2016 einen Umsturz geplant haben.

**O-Ton Sascha Tschadjenowitsch, Staatsanwaltschaft
Montenegro:**

**Sie wollten das Parlamentsgebäude besetzen und dort ihren
Sieg verkünden. Und danach mit Hilfe von bewaffneten
Kräften aus Serbien ihre eigene Miliz gründen. Sie planten**

auch ein Attentat auf Regierungschef Milo Djukanovic – wir konnten alles Gott sei Dank verhindern.

Bei den Wahlen stimmte die Mehrheit für die Aufnahme Montenegros in die NATO. Regierungschef Milo Djukanovic hatte dafür geworben. Nach Ansicht der Ermittler sei er deswegen ins Visier der mutmaßlichen Attentäter geraten.

Berlin, vor wenigen Tagen. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg zu Besuch bei Angela Merkel. Deutschland hatte sich stark gemacht für den Beitritt Montenegros. Beim NATO-Gipfel in dieser Woche wird das Land aufgenommen.

O-Ton Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin, am 11.05.2017: Wir werden uns mit einem Mitgliedsland mehr in Brüssel treffen. Das ist der Beitritt Montenegros, den wir natürlich begrüßen. Dann werden wir sozusagen 29 Mitgliedsstaaten sein und insofern freue ich mich auf das Treffen in Brüssel.

Montenegro, mit der Hauptstadt Podgorica. Das kleine Land auf dem Balkan ist strategisch wichtig. Denn wenn es zur NATO gehört, ist fast die gesamte nördliche Mittelmeerküste Teil der westlichen Allianz.

Russland hat immer klar gemacht, dass es gegen den NATO-Beitritt Montenegros ist. Westliche Sicherheitsbehörden behaupten, der Kreml schüre deshalb immer wieder Unruhen - wie beispielsweise im Herbst 2015. Russland könne dabei auf Helfer vor Ort setzen.

Andrija Mandic ist führendes Mitglied der prorussischen „Demokratischen Front“. Inzwischen ist er angeklagt, als Teil der Verschwörung vom 16. Oktober. Auch Marko Milačić kandidierte für die „Demokratische Front“. Er ist einer der Anführer der Bewegung gegen den NATO-Beitritt Montenegros.

O-Ton Marko Milačić, Oppositionspartei “Demokratische Front“: Die kommende NATO-Mitgliedschaft ist eine Art Besetzung unseres Landes - durch das kriminelle Regime an der Spitze unseres Staates. Sie hat auch den angeblichen Putsch inszeniert. Um all diejenigen zu kriminalisieren, die gegen den NATO-Beitritt sind.

Inszenierter Putsch? Die Staatsanwälte in Montenegro haben Beweise vorgelegt und Zeugen benannt. Die mutmaßlichen Täter sollen vor Gericht zur Rechenschaft gezogen werden.

Prozessaufakt, Anfang Mai. 14 Beschuldigte sind angeklagt. Die verdächtigen Drahtzieher jedoch sind auf der Flucht. Es sind zwei Russen - bei Interpol zur Fahndung ausgeschrieben. Einer der beiden ist dieser Mann, er operiert mit verschiedenen Identitäten.

O-Ton Sascha Tschadjenowitsch, Staatsanwaltschaft Montenegro:

Er war mal russischer Militärattaché in Polen. Er ist der Kopf der kriminellen Organisation. Er hat den Plan entworfen und Befehle erteilt. Wir fanden auch heraus, dass die Mitglieder mit 100.000 Euro in bar unterstützt wurden. Ein Teil des Geldes wurde in Dollar gezahlt und stammte aus der Russischen Föderation.

Kann das stimmen? Russische Hintermänner, die Unruhen und Anti-NATO-Aktionen in Osteuropa finanzieren? Wir begeben uns auf Spurensuche.

Wir finden einen von Aktivisten im Internet veröffentlichten Datensatz. In dem sechs Gigabyte großen E-Mail-Leak finden sich Belege, wie Moskau Anti-NATO-Bewegungen in Osteuropa finanziert. Es sind Tausende E-Mails. Sie stammen aus der Kommunikation eines Weißrussen, der als Geldgeber für anti-westliche Demonstrationen und Parteien in Osteuropa auftritt.

Sein Name: Alexander Usowskij. Eine Spur führt von ihm zum russischen Milliardär Konstantin Malofejew. Vor einem Jahr trafen wir Malofejew. Der Kreml-nahe Geschäftsmann gibt selten einem Westsender Interviews. Malofejew hat persönlich Zugang zu Putin. Er verachtet die Demokratie, bekennt sich zu rechten Parteien in der EU, denn nur sie seien noch religiös in der Gesellschaft verankert.

O-Ton Konstantin Malofejew, Unternehmer, Stiftung St. Basilus, am 06.06.2016:

Deshalb unterstütze ich Anhänger, Politiker und Aktivisten, die für das traditionelle Europa stehen, die sich auf die christlichen Wurzeln besinnen. Diese Parteien sind allen bekannt: die FPÖ in Österreich, die Lega Nord in Italien, der Front National in Frankreich. Auch Orbán mag ich sehr.

In dem Leak finden sich Hinweise auf den Putschversuch in Montenegro. Usowskij bittet Malofejew um Geld, für eine Anti-NATO-Aktion in Polen, die werde alles in den Schatten stellen. Beiläufig erwähnt Usowskij den Putschversuch von 2016:

„niemand wird sich mehr an das Scheitern des Montenegro-Abenteuers erinnern“.

Auf Recherchereise in Osteuropa. Völlig unerwartet bekommen wir einen Kontakt zu Usowskij. Wir geben uns als Journalisten zu erkennen. Usowskij ist zu einem Telefoninterview bereit und bestätigt die Finanzierung durch Malofejew. Er rechtfertigt seine Aktivitäten mit dem Krieg in der Ostukraine.

O-Ton Telefoninterview mit Alexander Usowskij,

Prorussischer Netzwerker:

Ich arbeite mit allen, die bereit sind, mir zu helfen. Malofejew hat sich bereit erklärt, mich finanziell zu unterstützen, um den Krieg zu beenden. Das haben wir nicht erreicht und werden also fortfahren und arbeiten - egal mit wem. Wer gegen den Krieg ist, ist unser Freund und Genosse. Wer uns hilft, tut er Gutes.

Aus dem Leak geht hervor, wen Usowskij um Geld bittet. Sie sind einflussreich und politisch klar auf Putin-Kurs: der Kreml-nahe Oligarch Konstantin Malofejew, der rechtsextreme Kreml-Ideologe Alexander Dugin und der nationalistische Duma-Abgeordnete Konstantin Satulin.

In dem Leak finden wir eine 40-seitige Broschüre Usowskijs, eine Art Werbekatalog für potenzielle Geldgeber. Er listet darin die von ihm unterstützten anti-westlichen Aktionen in Polen, der Slowakei und Tschechien auf.

Wir machen uns auf nach Prag, der Hauptstadt von Tschechien. Hier unterstützt Usowskij einerseits Neonazis, andererseits Altkommunisten. Was beide gemeinsam haben: Sie sind nationalistisch und stehen Putins Politik nahe. Annäherungsversuch am Rande einer Versammlung von Russlandfreunden.

O-Ton:

Wer bist Du? Warum filmst Du?

O-Ton Kameramann:

Was wollen Sie von mir? Ich arbeite für das deutsche Fernsehen. Warum fassen Sie mich an?

O-Ton:

Fernsehen?

Im geleakten Katalog taucht auch er auf: Ladislav Kasuka. Früher war er Kommunist, heute ist er rechtsradikal. Im Interview bestätigt Kasuka, dass er für prorussische Aktionen Geld von Usowskij bekam.

O-Ton Ladislav Kasuka, Tschechischer Rechtsextremist:

Als Usowskij mitbekommen hat, dass ich Demonstrationen und Aktionen organisiere, hat er mir Geld geschickt für Fahnen, Transparente und eine Kamera – maximal 2.000 Euro. Wir hatten keine klaren Anweisungen. Aber er hatte den Wunsch, dass ich eine prorussische Separatistenfahne aus der Ostukraine aufhänge.

Wir reisen weiter nach Bratislava, Hauptstadt der Slowakei. Hier lässt Alexander Usowskij im Herbst 2015 eine Organisation registrieren, ein „Zentrum für osteuropäische Kultur“. Adresse:

Hurbanovo Platz 1. Doch wir finden dort weder ein Namens-, noch ein Klingelschild, nicht mal einen Briefkasten. Niemand im Haus kennt Usowskij oder das „Zentrum für osteuropäische Kultur“. Das existiert offenbar nur auf dem Papier.

In der Slowakei unterstützt Usowskij eine rechtsextreme Partei, die LSNS. Ihr Chef Marian Kotleba orientiert sich an den slowakischen Faschisten, die einst mit Nazideutschland kollaborierten. Inzwischen sitzt die LSNS im Parlament. Das macht Kotleba für Usowskij interessant. Aus dem Leak geht hervor: Usowskij suchte Geldgeber für ein Referendum, damit die Slowakei aus der NATO austritt:

„Marian Kotleba ist bereit, ein solches Referendum zu initiieren und durchzuführen. Mit dieser Forderung hat es seine Partei sogar ins Parlament geschafft.“

Ebenfalls in der Slowakei – Anti-NATO-Demonstration von Linksradiكالen. Die Frau mit dem Megafon ist Veronika Moravcova. Auch sie bekam Geld von Usowskij, überwiesen anonym per Western Union. Die Bilder stammen aus Usowskijs Demonstrationskatalog.

Wir suchen Veronika Moravcova, finden sie in der slowakischen Provinz. Mit Usowskij und seinen Kampagnen hat sie mittlerweile nichts mehr zu tun.

**O-Ton Veronika Moravcova, NATO-Gegnerin:
Ich habe ihn nie persönlich getroffen, er hat uns übers Internet gefunden. Es ist gut möglich, dass er uns Geld zukommen ließ. Als wir mal unseren Kontostand überprüften, stellten wir fest, dass da Geld aus Weißrussland angekommen war.**

Usowskij gibt in unserem Telefoninterview ganz offen zu, dass er Linke und Rechte unterstützt. Hauptsache: anti-NATO, anti-westlich.

**O-Ton Telefoninterview mit Alexander Usowskij, Prorussischer Netzwerker:
Die politische Richtung ist mir egal. In Polen arbeite ich mit den Rechten, in der Slowakei mit den Linken, in Tschechien mit den Linken, in Ungarn mit den Rechten - ganz egal.**

Potsdam, Konferenz der deutschen Sicherheitsbehörden. Deren Chefs sind überzeugt, Russland versuche systematisch und immer aggressiver Einfluss zu nehmen auf politische Entscheidungen in Europa.

**O-Ton Hans-Georg Maaßen, Präsident Bundesamt für Verfassungsschutz:
Für uns ist es ein wichtiges Thema. Wir nehmen natürlich**

wahr, dass das russische Gegenüber durchaus auch ein Interesse hat, innenpolitische Probleme in bestimmten Ländern zu verstärken - auch mit Blick eben auf die derzeitige politische Großwetterlage in der Zusammenarbeit zwischen europäischen Staaten und Russland. Und da geht es darum, dass Extremisten oder auch Separatisten gestärkt werden.

Montenegro. Im Land der schwarzen Berge scheiterte ein Putschversuch. Übermorgen wird das Land in die NATO aufgenommen - sehr zum Unwillen Moskaus.

Zur Beachtung: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.